



Aktuelles

Europäisches Parlament



MENÜ

Die Ukraine muss in der Lage sein, legitime militärische Ziele in Russland anzugreifen, so die Abgeordneten

Pressemitteilung [PLENARTAGUNG](#) 19-09-2024 - 12:45

Die Ukraine muss ihr Recht auf Selbstverteidigung in vollem Umfang ausüben können

Das Parlament bedauert den rückläufigen Umfang der bilateralen militärischen Hilfe der EU-Länder für die Ukraine

Die Abgeordneten fordern schärfere EU-Sanktionen gegen Russland und seine Verbündeten

Die Rechenschaftspflicht für Kriegsverbrechen und russische Reparationen sind wesentliche Elemente jeder friedlichen Lösung

Die Abgeordneten fordern die EU-Länder auf, Einschränkungen aufzuheben, die die Ukraine daran hindern, westliche Waffen gegen legitime militärische Ziele in Russland einzusetzen.

Die am Donnerstag mit 425 Ja-Stimmen, 131 Nein-Stimmen und 63 Enthaltungen angenommene Entschließung besagt, dass ohne die Aufhebung der derzeitigen Einschränkungen die Ukraine ihr Recht auf Selbstverteidigung nicht in vollem Umfang ausüben kann und Angriffen auf ihre Bevölkerung und ihre Infrastruktur ausgesetzt bleibt.

Das Parlament betont, dass unzureichende Munitions- und Waffenlieferungen und Einschränkungen ihres Einsatzes die bisher unternommenen Anstrengungen untergraben könnten, und bedauert dass der Umfang der bilateralen militärischen Hilfe der EU-Staaten für die Ukraine zurückgeht. Die Abgeordneten wiederholen ihre Aufforderung an die Mitgliedstaaten, ihrer Zusage vom März 2023 nachzukommen, der Ukraine eine Million Schuss Munition zu liefern, und die Lieferung von Waffen, Luftabwehrsystemen und Munition, einschließlich des Marschflugkörpers TAURUS, zu beschleunigen. Sie bekräftigen auch ihre Position, dass alle EU-Länder und NATO-Verbündeten gemeinsam und individuell sich verpflichten sollten, jährlich mindestens 0,25 % ihres BIP für die militärische Unterstützung der Ukraine aufzuwenden.

EU-Sanktionen müssen beibehalten und ausgeweitet werden

Die Entschließung fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, ihre Sanktionen gegen Russland, Belarus sowie Drittländer und Organisationen, die Russland mit militärischen Technologien und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck versorgen, beizubehalten und auszuweiten. Die Abgeordneten verurteilen die jüngste Weitergabe ballistischer Raketen durch Iran an Russland und fordern eine Verschärfung der Sanktionen gegen sowohl Teheran als auch Nordkorea angesichts ihrer militärischen Unterstützung des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine. Sie wollen auch, dass weitere chinesische Personen und Organisationen auf die EU-Sanktionsliste gesetzt werden, sowie härtere Maßnahmen zur systematischen Bekämpfung der Umgehung von Sanktionen durch in der EU ansässige Unternehmen, Dritte und Drittstaaten.

Russische Staatsvermögen beschlagnahmen, um die Ukraine für die Zerstörung zu entschädigen

Während sie die EU und ihre Mitgliedstaaten auffordern, tatkräftig darauf hinzuwirken, eine möglichst breite internationale Unterstützung für die Ukraine zu erreichen und eine

riedliche Lösung für den Krieg zu finden, sagen die Abgeordneten, dass jede Lösung auf der uneingeschränkten Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Ukraine beruhen muss. Sie betrachten auch die Rechenschaftspflicht für russische Kriegsverbrechen und Reparationen und andere Zahlungen Moskaus als wesentliche Aspekte jeder Lösung. Zu diesem Zweck wollen die Abgeordneten, dass die EU und gleichgesinnte Partner eine tragfähige rechtliche Regelung für die Einziehung der von der EU eingefrorenen staatlichen Vermögenswerte Russlands schaffen, um die Ukraine für die massiven Schäden zu entschädigen, die sie erlitten hat.

Die vollständige Entschließung wird [hier verfügbar sein](#) (19.09.2024)

Kontakt:

Viktor ALMQVIST

Press Officer

(+32) 2 28 31834 (BXL)

(+33) 3 881 72420 (STR)

(+32) 470 88 29 42

viktor.almqvist@europarl.europa.eu

Armin WISDORFF

Pressereferent

(+32) 2 28 40924 (BXL)

(+33) 3 881 73780 (STR)

(+32) 498 98 13 45

armin.wisdorff@europarl.europa.eu

Thilo KUNZEMANN

Pressereferent in Deutschland

(+49) 30 2280 1030

(+49) 171 388 4775

thilo.kunzemann@europarl.europa.eu

*Maren
HÄUSSERMANN*

**Press Officer in Austria
Pressereferentin in Österreich**

(+43) 1 516 17217

(+43) 660 4444 330

maren.hausermann@europarl.europa.eu

Weitere Informationen

Video der Plenardebatte (unter folgendem Datum: 17.09.2024)

Pressemitteilung: „Neu gewähltes Parlament bekräftigt seine starke Unterstützung für die Ukraine“ (17.07.2024)

EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien